



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Die Schöpfung bewahren

Christliche Botschaft und umweltpolitisches Handeln



Rede von Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen im Hohen Dom zu Münster

IMPRESSUM

- Herausgeber:** Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Referat Öffentlichkeitsarbeit · 11055 Berlin
E-Mail: service@bmu.bund.de · Internet: www.bmu.de
- Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit (ÖA)
- Gestaltung:** design_idee, büro_für_gestaltung, Erfurt
Druck: Silber Druck, Niestetal
- Abbildungen:**
- | | |
|---|------------------------------------|
| Titelseite: Niehuus/Schapowalow | S. 13: Jörg Böhling/agenda |
| S. 5: Matthias Lüdecke | S. 15: A. Pastoor/STOCK4B |
| S. 6: Jürgen Schiersmann/Naturfoto-Online | S. 16: Robert Kneschke/Zoonar.com |
| S. 7: Feldhoff & Martin/VISUM | S. 17: Paul Eckenroth/JOKER |
| S. 9: Franck Steinberg/Fotolia.com | S. 18: Thomas Imo/photothek.net |
| S. 10: J. Fieber/blickwinkel | S. 19: vario images |
| S. 11: Zick, Jochen/Keystone | S. 20: Christiane Eisler/transit |
| S. 12: Sorge/Caro | S. 21: Jürgen Lösel |
| | S. 23: Falk Herrmann/Picture Press |
- Stand:** März 2010
1. Auflage: 5.000 Exemplare

Die Schöpfung bewahren

Christliche Botschaft und umweltpolitisches Handeln

Rede von

Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen

am 24. März 2010

im Hohen Dom zu Münster

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Mitchristen,

ich möchte mich zunächst sehr herzlich für Ihre Einladung bedanken. Es ist mir eine ausgesprochen große Ehre, im Hohen Dom zu Münster sprechen zu dürfen. Gleichzeitig freue ich mich, dass Sie heute gekommen sind und sich somit ganz bewusst Zeit nehmen für ein paar grundlegende Gedanken zur Umweltpolitik im Zeichen der Schöpfung.

Sie haben ihre Geistlichen Themenabende in diesem Jahr unter das übergreifende Motto „Gottes Schöpfung bewahren“ gestellt. Ich möchte mich heute Abend an einer Konkretisierung dieses umfassenden Auftrags versuchen. Eine Konkretisierung, die gewissermaßen auch gleich eine erste These formuliert:

**„Die Menschheit hat nur dann eine Zukunft,
wenn die Schöpfung eine Zukunft hat.“**

Diese bemerkenswerte These stammt nicht von mir, sondern aus einem Text der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahre 1980. Ich habe sie ausgewählt, weil es in ihr um das Verhältnis des Menschen zur Schöpfung geht und darüber hinaus um die Bedeutung, die dieses Verhältnis für die Zukunft der gesamten Schöpfung hat.

Aufbauend auf Gedanken zur biblischen Schöpfungsgeschichte möchte ich, gerade angesichts meiner Tätigkeit als aktiver Politiker, versuchen, einen Bezug zwischen christlichem Schöpfungsverständnis einerseits und konkretem politischen Handeln andererseits herzustellen. Die Kernfrage lautet:

Was sagen uns die biblische Schöpfungsgeschichte und das christliche Schöpfungsverständnis, wie wir es in der Genesis finden, für das Verstehen und das Gestalten von Politik heute?



Bundesumweltminister
Dr. Norbert Röttgen

Die Fastenzeit ist für diese Art von grundlegenden Fragen und Gedanken eine sehr passende Zeit. Denn sie zielt ja nicht nur in ihrem äußeren Vollzug, sondern auch in ihrer Funktion als innere Besinnung und Einkehr auf eine existenzielle Erfahrung, die darin mündet, durch das Gespräch mit Gott zu einer Bewertung und möglichen Veränderung des eigenen Lebens und Handelns zu kommen. Deshalb ist es für einen Politiker in der Fastenzeit von besonderer Bedeutung zu reflektieren, welche Anforderungen und Maßstäbe sich aus der christlichen Botschaft für politisches Handeln ergeben.

Vom Eigenwert der Schöpfung

Im Zentrum des christlichen Schöpfungsverständnisses steht die Erkenntnis, dass die Schöpfung neben einem funktionalen Wert auch einen Eigenwert besitzt. Sie ist nicht nur dienlich, sie ist nicht nur von ästhetischem Wert, sondern der göttliche Schöpfungswille verleiht ihr zugleich einen gänzlich eigenen Wert, ein eigenes Recht und eine eigene Würde. Aus diesem Grund ist für Christen die Bedrohung der Schöpfung niemals nur ein rein technischer Vorgang. Vielmehr stellt sie eine Verletzung des Schöpferwillens dar und somit eine Missachtung des Auftrags an den Menschen, die Schöpfung zu bewahren.

Dabei ist der Hinweis auf eine elementare Bedrohung der Schöpfung kein wohlgefälliger, auf Zustimmung angelegter politischer Alarmismus. Die Bedrohung ist real und eine allgegenwärtige Begleiterscheinung unserer Tage. Sie ist ein unbestreitbares Merkmal unserer modernen Zeit. Die Bedrohung der Schöpfung ist ernst und sowohl in Deutschland als auch auf der ganzen Welt zu beobachten.



So schreiten die Zerstörung und das Sterben von Tier- und Pflanzenarten hundertfach schneller voran als der natürliche Artenverlust in der Evolution. In Deutschland sind heutzutage ein Drittel aller Tierarten und ein Viertel aller Pflanzenarten gefährdet. Wenn die Erderwärmung ungebremst fortschreitet – und noch haben wir kein adäquates Instrument, sie in den Griff zu

bekommen – und auf vier, fünf oder sechs Grad steigt, dann wird das Leben auf der Erde, wie wir es heute kennen, nicht mehr möglich sein. Zunehmende Verstepung, anhaltende Dürren, wiederkehrende Naturkatastrophen, das Abschmelzen der Gletscher und damit die Zerstörung unseres Lebensraums wären die Folgen.

Die lebendige Sprache und Botschaft der Schöpfung

In meiner Beschäftigung mit dieser Bedrohung und der christlichen Verantwortung, die daraus erwächst, ist mir aufgefallen, dass wir Christen in unserem Schöpfungsverständnis eine ganz besondere, unverwechselbare Sprache gefunden haben, mit der wir den unschätzbaren Wert der Schöpfung und insbesondere der Natur ausdrücken können.

Die akute Gefährdung unserer Umwelt und damit unserer gegenwärtigen Arbeits- und Lebensweise wird auch in der politischen, bürokratischen und technischen Welt erkannt. Die Vereinten Nationen haben nicht ohne Grund das Jahr 2010 zum „Jahr der biologischen Vielfalt“ ausgerufen. Es geht in erster Linie nicht darum, auf die Schönheit der Natur hinzuweisen, an der man sich erfreuen sollte, sondern um einen Warnruf an uns alle. Das „Mahnjahr“ weist eindringlich auf die permanente und nicht wieder gutzumachende Zerstörung der Natur und das schleichende Artensterben in der Tier- und Pflanzenwelt hin.

Mich bedrückt, dass wir mit dem Begriff der biologischen Vielfalt oder der „biologischen Diversität“ keine angemessene, allgemein verständliche Sprache gefunden haben. Wie können wir besser als mit diesen Begriffen unsere innere Verbundenheit und die vielfältigen Emotionen gegenüber unserer Umwelt ausdrücken? Fern jeglicher Überlegenheitsgefühle ist mir in der Beschäftigung mit diesem Gedanken klar geworden, wie unersetzlich die biblische Sprache ist, um den unschätzbaren „Wert“ der Natur auszudrücken. Sie verleiht uns Christen in der politischen Auseinandersetzung und im Kampf gegen Naturzerstörung eine besondere Kraft, weil wir dem, was es zu schätzen und zu schützen gilt, mit dem Begriff der Schöpfung auch Ausdruck geben können. Aus dieser kulturellen Kraft der Sprache folgt eine besondere Verantwortung für uns Christen.

Auf zahlreichen internationalen Konferenzen – beispielsweise zum Klimaschutz – habe ich die eben geschilderte technische Sprache erlebt, und man kann sich auf solchen Konferenzen auch ohne Probleme auf diese Art und Weise unterhalten. Aber diese technische Sprache führt im Ergebnis zu einer öffentlichen Sprachlosigkeit, da sie ganz wesentliche Elemente nicht erfasst, nicht erfassen kann. Wir Christen sind deshalb ganz besonders aufgefordert, unsere wertevermittelnde Sprache der Schöpfung in aktuelle Diskussionen mit einzubringen. Wir dürfen und wir sollten uns zu dieser Sprache bekennen, weil sie die



einzig ist, die den Menschen verdeutlichen kann, worum es geht: dass wir die Zerstörung von Gottes Schöpfung und damit letztlich die Zerstörung unserer eigenen Lebenswelt nicht zulassen dürfen.

Gelebte Zukunftsverantwortung statt Streben nach Herrschaft

Immer wieder wird der Vorwurf laut, dass gerade die christliche Botschaft aus dem jüngeren Genesistext den Menschen dazu verleitet habe, die Erde auszubeuten. Ist denn nicht in der christlichen Botschaft die Rede davon, dass der Mensch den Auftrag erhält, sich die Erde „untertan zu machen“, sie sich gewissermaßen zu unterwerfen? Drückt das nicht das Recht auf Herrschaft aus? In aller Entschiedenheit: Nein, das tut es nicht!

Die Sprache und die Botschaft der Schöpfung, auch vom hebräischen Urtext her betrachtet, sind keine Begründung von Willkür, sondern ganz im Gegenteil die Begründung von Verantwortung. Das, was mit dem „untertan machen“ gemeint ist, ist vergleichbar mit der Tätigkeit eines Gärtners, der den Garten pflegt, weil er den Garten liebt. Die Autoren der biblischen Schöpfungsgeschichte hatten die Rolle eines orientalischen Königs im Sinn, der in der Sorge um sein Volk immer auch Hirte ist. Ein König, der in erster Linie erhalten und bewahren möchte und der mit Sorgfalt und Weisheit regiert.

Das ist das Bild, das der hebräische Text vermittelt: Der Mensch ist aufgefordert, die Schöpfung in gleicher Weise zu nutzen, zu bewahren und zu pflegen. Und in diesem Bild des Bewahrens im Sinne eines weisen und sorgenden Königs, wie eines pflegenden, liebenden Gärtners, steckt bereits die Lebensklugheit der These der Bischofskonferenz, die ich meinem Beitrag vorangestellt habe.

**„Die Menschheit hat nur dann eine Zukunft,
wenn die Schöpfung eine Zukunft hat.“**

Ohne den Garten kann der Gärtner nicht existieren, ohne sein Volk ist der König bedeutungslos in seiner Rolle. Wenn die Menschen die Zerstörung der Natur so weitertreiben wie bisher, dann richtet sich dieses Tun zunächst gegen die Natur, aber dann gegen den Menschen, weil er sich seiner eigenen Lebensgrundlagen beraubt. Wenn wir Menschen weiter jedes Jahr 13 Millionen Hektar Wald vernichten, eine Fläche von der Größe



Griechenlands, wenn wir feststellen müssen, dass die karibischen Korallenriffe bereits heute zu 80 Prozent zerstört sind, dann ist das ein unwiederbringlicher Naturverlust, auch ein Schönheitsverlust, aber vor allem auch der Verlust der Existenzgrundlage für eine halbe Milliarde Menschen. Die Zerstörung richtet sich zunächst gegen die Natur, aber sie wendet sich am Ende gegen uns Menschen selbst. Auch das steckt als Kehrseite in dem Bild des Bewahrens und Sorgens, das uns die Bibel vermittelt.

Die Bewahrung der Schöpfung als Suche nach Ordnung

Die biblische Schöpfungsgeschichte spricht allerdings nicht nur vom Eigenwert der Schöpfung und dem bewahrenden Auftrag des Menschen zum Schutz seiner eigenen Lebensgrundlagen. Ein aus meiner Sicht ebenfalls wichtiger Zugang zu ihrem Verständnis und ihrem anthropologischen Gehalt, also dem Menschenbild, das die Schöpfungsgeschichte vermittelt, ergibt sich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Schöpfung in der Schilderung der Genesis kein einmaliger Kreativekt ist, dass es über-



haupt nicht um Biologie geht, sondern vielmehr um einen Schöpfungsvorgang, der einem Sieben-Tage-Schema folgt. Was bedeutet dieses Muster in der schöpferischen Tätigkeit Gottes über sieben Tage hinweg?

Gott greift ein in das Chaos der Welt durch die Schöpfung. Er trennt Licht von Dunkelheit, er sortiert und teilt Wasser von Land, und am siebten Tag, als Teil der Schöpfung, ruht Gott. Dieses Schaffen von Ordnung wird in der Vorgehensweise der Schöpfung wiederholt sichtbar. Es geht nicht um biologische Kreation und die Zuweisung der Allmacht, dies zu können. Sondern Gott, der den Menschen als sein Ebenbild erschaffen hat, zeigt vorbildhaft, wie sich schöpferische Urtätigkeit vollzieht und welchen Sinn sie hat. Gott schafft Ordnung in der Welt durch die Schöpfung. Und dadurch, dass Gott den Menschen als sein Ebenbild erschaffen hat, gibt er den Menschen den Auftrag, ihm nachzufolgen, es ihm nachzutun. Die Bewahrung der Erde muss genau diesem Urbild des Schöpfers folgen. Lebensräume respektieren und schützen, Leben ermöglichen, Ordnung schaffen, das ist göttliche Schöpfung und gleichzeitig Gottes Auftrag an uns Menschen. Die anthropologische Aussage der Schöpfungsgeschichte betont, dass wir als das Ebenbild Gottes in diesem Sinne die Welt aktiv und ordnend gestalten sollen.

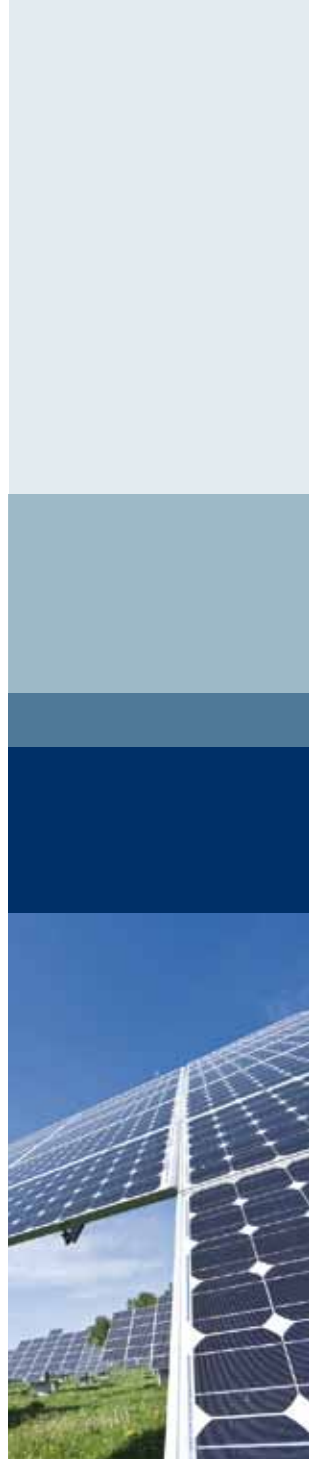
Besitzt dieses Schaffen von Ordnung als schöpferische Tätigkeit heute noch eine Bedeutung? Handelt es sich hierbei vielleicht um eine Theologie und Anthropologie, mit der wir heute noch etwas anfangen können? Ich meine, ja! Ich bin der festen Überzeugung, dass die Aufgabe, eine gute und nachhaltige Ordnung zu schaffen, eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit darstellt.

Schöpfungsverständnis und politisches Handeln

Was macht nun diesen Wandel, diese Veränderung im Bezug des Menschen zur menschlichen Schöpfung aus? Wie können wir eine begleitende Ordnung für die schon begonnene Transformation unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften finden und dann auch durchsetzen?

Mit dem Stichwort der Transformation umschreiben wir vor allem die Umstellung von einer ressourcen- und naturverbrauchenden Wirtschafts- und Lebensweise hin zu einer natur- und ressourcenschonenden Lebens- und Wirtschaftsweise, die effizient und pfleglich mit begrenzten Ressourcen umgeht. Das Modell, mit dem die gesamte westliche Welt, Deutschland mit eingeschlossen, seit Beginn der ersten Industrialisierung gewirtschaftet hat, war und ist immer noch auf Ressourcenverbrauch ausgerichtet. Seit 20 Jahren messen Wissenschaftler, dass der menschliche Ressourcenverbrauch die Regenerationsfähigkeit der Erde übersteigt. Wir konsumieren mehr, wir verzehren mehr und schneller, als der Planet regenerieren kann. Die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen zeigt uns ganz deutlich, dass eine Wirtschaftsweise, die auf einem Verbrauch basiert, der über die Regenerationsfähigkeit des Gesamtsystems Erde hinausgeht, keine Zukunft haben kann.

Die Zukunft gehört darum einem Wandel, der von einem schonenden und effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen geprägt ist und auf diese Weise neue Räume für Wachstum und wirtschaftliche Wachstumsprozesse



eröffnet. Die Zeichen der Zeit geben uns immer deutlicher zu verstehen, dass wir Wachstum gerade in wohlhabenden Gesellschaften wie Deutschland nicht mehr nur als ein rein quantitatives, statistisch zu messendes wirtschaftliches Mengenwachstum verstehen können – getreu dem Motto „weiter, höher, schneller“. Stattdessen bietet uns der Wandel die Chance, unseren Wachstumsbegriff um eine qualitative Dimension zu erweitern. Ein solcher Wachstumsbegriff berücksichtigt die Faktoren, die zu einem gelingenden und glücklichen menschlichen Leben beitragen. Dazu zählen menschliche Zuwendung oder die Möglichkeit, durch Fleiß und Anstrengung in einer Gesellschaft Erfolge erzielen zu können, integriert und angenommen zu werden und nicht Außenseiter zu sein. Ich denke darüber hinaus an den Erhalt natürlicher Lebensräume zur Erholung und nachhaltigen Nutzung.

Das Ziel selbstbestimmten Wohlstands

Ein einseitig auf Ressourcenverbrauch ausgerichtetes Wachstum ist nicht mehr zukunftsfähig, weil es die Grundlagen unserer wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung selbst in Frage stellt. Unsere natürlichen Ressourcen sind endlich, sie werden immer knapper, deshalb immer teurer und gleichzeitig von immer mehr Men-



schen nachgefragt. Auf der Erde leben heutzutage 6,8 Milliarden Menschen. Bis in das Jahr 2050 wird diese Zahl auf rund neun Milliarden anwachsen. Das globale Bevölkerungswachstum geht nicht von Deutschland oder Europa und im Kern auch nicht von den USA aus. Die größten Zuwächse wird es in den ärmeren und in den aufstrebenden Regionen dieser Welt geben. Alle diese Regionen eint die Sehnsucht nach Aufstieg, nach Wohlstand, nach Lebensqualität, nach der Art zu leben, wie wir jetzt schon leben. Können wir ihnen das absprechen? Haben wir ein Recht auf Wohlstand als Privileg einiger Weniger?



Es steht fest, dass unsere heutige Lebensweise nicht verallgemeinerungsfähig ist. Ich meine dies durchaus im ethischen Sinne eines kategorischen Imperativs, gewissermaßen eines ökologischen Imperativs. Denn nimmt man die Lebensweise eines durchschnittlichen Westeuropäers als Maßstab, so verträgt die Erde gut zwei Milliarden Menschen. Nimmt man die Lebensweise des „American way of life“ als Maßstab, so verträgt die Erde nur 1,5 Milliarden Menschen, nicht 6,8 Milliarden und erst recht nicht neun Milliarden. Also ist die Umstellung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise geradezu eine Bedingung menschlicher Entwicklung im Allgemeinen und wirtschaftlichen Wachstums in einem qualitativen Sinne im Besonderen.

Unser traditionelles Wachstums-, Ressourcen- und Konsumverständnis führt uns also regelrecht in eine Sackgasse. Was wir demzufolge jetzt am allermeisten brauchen, sind neue Perspektiven, um wieder aus dieser Sackgas-

se herauszufinden. Dabei müssen diese Perspektiven und der damit verbundene Strukturwandel weg vom unreflektierten Verbrauch und Verzehr und hin zu Respekt, Regeneration, Schonung und Effizienz nicht zwangsläufig eine Verzichtsbotschaft sein. Ich halte wenig vom Ausmalen eines Horrorszenarios mit der Kernbotschaft, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten und nun den Gürtel gewaltig enger schnallen müssten, um unsere Überlebenschancen zu wahren.

Wir Menschen haben den Auftrag, aber eben auch die Möglichkeiten, die Ordnung unserer Lebens- und Arbeitsweise selbstbestimmt so weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen langfristig nutzen und zugleich erhalten können. Es geht darum, eine neue Stufe in unserer Wirtschafts- und Lebensweise mit Hilfe neuen Wissens, neuer Technologien und nicht zuletzt mit Hilfe neuer Kooperationen zu erreichen. Es geht um nicht weniger als die dritte industrielle Revolution, die überall auf der Welt stattfindet, in China, Indien, Deutschland und in einigen US-amerikanischen Bundesstaaten. Der Wettbewerb, der hier ausgetragen wird, entscheidet über Wachstum und Wohlstand im 21. Jahrhundert.

Natürliche Potenziale und menschliche Entdeckungsfähigkeit verbinden

Wir Deutschen sind hier – noch – so gut positioniert wie kein anderes Land. Der Markt für Umwelttechnologien wächst auch in den heutigen rezessionsgeplagten Zeiten, und Deutschland ist in diesem Markt Weltmarktführer.

Ich hatte heute Gelegenheit, vor der Bundespressekonferenz den Bericht über die Entwicklung der erneuerbaren Energien vorzustellen. Vor zehn Jahren hatten die erneuerbaren Energien einen Anteil von gerade einmal vier Prozent an der gesamten Stromversorgung. Heute beträgt dieser Anteil schon 16 Prozent, und wir können mit einiger Berechtigung davon ausgehen, dass wir diesen An-



teil in den kommenden zehn Jahren auf 30 Prozent erhöhen können. Das bedeutet eine massive Umstellung unserer bisherigen Energieversorgung. Weg vom Verbrauch immer teurer werdender endlicher Rohstoffe wie Öl, Kohle und Gas mit der dazugehörigen CO₂-Belastung hin zu einer intelligenten Fortentwicklung unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften. Dabei sollte uns vor allem der Gedanke leiten, die natürlichen Potenziale unserer Umwelt mit den Erkenntnis-, Forschungs- und Entdeckungsfähigkeiten der Menschen zu verbinden. Ich bin überzeugt, dass eine solche Fortentwicklung nicht primär durch Verzicht, sondern durch bewussteres Leben und insbesondere durch technologische Innovation möglich ist.

Unser Blick sollte sich demzufolge nach vorne richten, denn es gilt, diese Transformation und Fortentwicklung zu organisieren. Es wäre ein großer Fehler, die verharrenden und beharrenden alten Strukturen konservieren zu wollen und dabei den im Eigeninteresse gefangenen Kräften nachzugeben. Politik im Zeichen der Bewahrung der Schöpfung ist kein technokratisches Unterfangen.

Das, was erfolgreiche Politik ausmacht, und vielleicht auch das, worin Politik immer wieder enttäuscht, ist die Aufgabe, Identität, Sinnhaftigkeit und Ordnungsprinzipien zu vermitteln und daraus nachvollziehbares konkretes politisches Handeln abzuleiten.

Die Bewahrung der Schöpfung als Gerechtigkeitsfrage

Ich glaube, dass wir aus dem inständigen Auftrag, Ordnung in der Welt zu schaffen, eine konkrete Gestaltungsaufgabe für das Hier und Jetzt ableiten können. Nicht jede Zeit ist immer von solch fundamentalem Wandel geprägt wie die heutige. Doch diese Tatsache sollte uns zuallererst Mut und Zuversicht geben. Wir müssen und wir dürfen unsere Gegenwart mit allen ihren Herausforderungen nicht nur erleiden und hinnehmen, sondern wir haben die Fähigkeit, ihr eine gute und humane Wendung zu geben. Das Annehmen dieser Aufgabe ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens, und sie ist eine Frage der Gerechtigkeit. Denn bei der Umstellung von Lebens- und Wirtschaftsweisen geht es im We-



sentlichen um den Erhalt der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen. Eine Lebensweise der heutigen Generation, die nicht an den Erhalt und die Bewahrung der Lebensgrundlagen denkt und sich nicht dafür verantwortlich fühlt, beraubt alle nachfolgenden Generationen ihrer Existenzgrundlage und handelt zutiefst ungerecht gegenüber den Interessen unserer Kinder und Enkelkinder.

Neben diesem Aspekt der Generationengerechtigkeit wirft die Fortführung einer ressourcenverbrauchenden Lebensweise auch im internationalen Maßstab die Gerechtigkeitsfrage auf. Mit der Globalisierung und dem damit verbundenen Wegfall von Grenzen hat sich in zahlreichen der so genannten Schwellenländer – bei allen nach wie vor existierenden Problemen und sozialen Schieflagen – in den vergangenen zwei Jahrzehnten doch so etwas wie ein bescheidener Wohlstand mit Aufstiegsmöglichkeiten entwickelt. Aber das fortgesetzte Monopol auf den Verbrauch unserer globalen Lebensgrundlagen und seine tagtägliche Inanspruchnahme schließt gleichzeitig Milliarden Menschen von der Perspektive auf Lebensqualität, Gesundheit und Bildung aus. Aus Sicht dieser Ausgeschlossenen bedeutet die Bewahrung und der schonende Umgang mit unserer Natur eine Gerechtigkeitsfrage ersten Ranges. Wir müssen uns bewusst werden, dass das Privileg auf Wohlstand in seiner jetzigen Form zutiefst ungerecht ist und sich am Ende auch gegen uns selbst wenden wird.

Können wir es schaffen, sowohl die Entwicklungsrechte kommender Generationen als auch der bisher ausgeschlossenen Menschen in anderen Weltregionen zur Grundlage unserer anstehenden politischen Entscheidungen zu machen?



Eine Bewährungsprobe für unsere Demokratie

The image shows the flag of the United Nations, which is a blue field with a white emblem in the center. The emblem consists of a map of the world from the North Pole, surrounded by a laurel wreath. The flag is flying on a tall pole against a clear blue sky.

Ich bin überzeugt davon, dass in der Antwort auf diese Frage eine entscheidende, ja, vielleicht die entscheidende ethische Herausforderung unserer Demokratie liegt. Demokratie bedeutet, dass die gegenwärtige Generation über die politische Machtverteilung entscheidet, auf die Parteien und Politiker immer wieder angewiesen sind. Wir leben und arbeiten innerhalb unserer politischen Entscheidungsabläufen typischerweise in relativ kurzen Zyklen. Dagegen ist das, was ich als Erfordernis einer neuen Ordnung geschildert habe, eine langfristige Orientierung an den Lebensinteressen kommender Generationen und nicht zu messen an ein paar Jahren oder gar an einer Wahl. Die ethische Herausforderung unserer Demokratie besteht nun darin, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Perspektive und Fokussierung auf politische Wahlzyklen, auf denen Demokratie und parlamentarische Legitimation ja zu einem Großteil beruhen, um eine Perspektive der langfristigen Zukunftsinteressen unserer Schöpfung zu erweitern. Dies ist auch eine Frage an die Bereitschaft der Wähler und der Bevölkerung insgesamt, sich dieser Verantwortung zu stellen. Am meisten ist es aber eine Frage der politischen Führungsverantwortung, die nicht delegiert werden kann. Diejenigen, die Ämter haben, stehen in der Verantwortung, ihre Ämter so auszufüllen, dass das Ergebnis nicht nur die Grundlage für den nächsten Wahlsieg, sondern auch die Grundlage dafür bildet, dass nächste Generationen noch demokratisch entscheiden können.

Die Alternative zwischen dem begrenzten Horizont von heute und der weiten Zukunft von morgen, die Alternative zwischen Gegenwartsegoismus und Zukunftsverantwortung, verbunden mit der Frage, ob wir in unseren Demokratien die Fähigkeit entwickeln können, uns für die Zukunft zu entscheiden, taucht in der internationalen Politik auch als Systemfrage, als Konkurrenz von politischen Systemen wieder auf. Eigentlich dachten wir ja,

dass mit dem Ende des Kommunismus die politische Systemfrage entschieden sei und sich das Modell der westlichen Demokratie durchgesetzt habe – zunächst ideell und dann nach und nach politisch, geschichtlich und nicht zuletzt wirtschaftlich. Doch in den Fragen der Anpassungsfähigkeit und der Zukunftsfähigkeit findet die Systemfrage zu neuer Aktualität.



Die Frage der Gestaltung einer zukunftsfähigen Ordnung unter dem Gesichtspunkt der Schonung der natürlichen Ressourcen wird auch in China und in der dortigen politischen Führung diskutiert, ganz entscheidend im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. Ich vermute, auch dort gibt es Diskussionen und wahrscheinlich sogar auch unterschiedliche Lager. Aber dann wird entschieden und die Entscheidung im nächsten Fünfjahresplan festgeschrieben und im ganzen Land vollzogen. Solche autoritären kapitalistischen Systeme erscheinen somit schnell, anpassungsfähig und führungsstark. Doch während China solche Entscheidungen relativ rasch umsetzen kann, steht der Exponent der westlichen Welt, die US-amerikanische Administration, zunächst vor einem Dilemma. Zwar kommt sie genau zu der gleichen Einsicht wie die chinesische Führung, dass nämlich der Transformationsprozess vor allem durch internationale Koordination und Investitionen in Technologie zu gestalten ist. Aber sie ist in der Demokratie auf Akzeptanz angewiesen. Sie kann nicht per Kommando diktieren, sondern sie bedarf der Diskussion, der Überzeugungs- und Mehrheitsbildung und damit der Bereitschaft der Menschen, in diesen Wandel der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen einzustimmen.

Einer der Gründe, warum es zum Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen gekommen ist, liegt darin, dass es der US-amerikanischen Regierung vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gelungen war und bis auf den heutigen Tag nicht gelungen ist, im eigenen Land eine Mehrheit von der Einsicht in diesen Gestaltungsprozess zu überzeugen. Die Vereinigten Staaten von Amerika konnten daher in Kopenhagen keine Führungsrolle übernehmen, und China wollte eine solche Rolle noch nicht übernehmen. In der Folge ist ein Vakuum entstanden, ermöglicht durch die US-Amerikaner und zementiert durch chinesische Verhinderungspolitik.

Eine globale Friedensordnung für unsere Zeit

Die Systemfrage stellt sich also heute in der Ordnungsfrage neu. Gleichzeitig ist sie – und ich möchte diesen letzten Gesichtspunkt ganz bewusst auf die Geschichte der Stadt Münster beziehen – ohne jeden Zweifel auch eine Frage der Entwicklung einer Friedensordnung für unsere Zeit. Die Bewahrung der Schöpfung beispielsweise in Form der Verhinderung von Artensterben in der Tier- und Pflanzenwelt oder dem konsequenten Schutz vor einer Übernutzung von Land und Wasser ist keine national lösbare Aufgabe mehr. Sie ist vielmehr zu einer globalen Herausforderung geworden, die eine globale Antwort notwendig macht. Nationale Politik kann ihre Beiträge

leisten, aber sie kann letztlich nicht die Ordnung stiften, die diese globale Herausforderung braucht. Darum ist für mich der Bezug zu der Erfahrung und der friedensstiftenden Leistung des Westfälischen Friedens ein historisches Beispiel dafür, dass die Völker und Staatsführungen das zerstörerische Wirken von Krieg und Intoleranz erlebt und darauf





eine konstruktive und weitsichtige Friedensordnung als Antwort gegeben haben.

Wenn wir keine passende Antwort in einem globalen Ordnungssystem finden, dann wird es eine zerstörerische Fortentwicklung des Status quo zu Lasten aller geben. Noch haben wir keine passende Antwort, noch haben wir kein wirklich funktionstüchtiges globales Ordnungssystem, sondern wir befinden uns in einer Situation, in der alles im Fluss scheint. Wir haben heute weder eine vergleichbare bipolare Ordnung wie zu Zeiten des Kalten Krieges noch eine Phase unipolarer Gestaltung etwa durch die Führungskraft der Vereinigten Staaten von Amerika. Stattdessen ist die globale Weltordnung im Werden begriffen.

Voraussetzung für eine neue und stabile Weltordnung ist nach meiner Überzeugung die Schaffung eines funktionierenden globalen Kooperationsrahmens. Eines Rahmens in Form eines Systems des fairen Interessenausgleichs, das auf der Erkenntnis beruht, dass einerseits die historischen Beiträge zur Umweltzerstörung sehr unterschiedlich sind – nämlich auf die Industrialisierung des Westens und seine Wirtschafts- und Lebensweise zurückgehen – aber andererseits nun auch von den Schwellen- und Entwicklungsländern eine andere Entwicklung verlangt, als dem alten Westen und seinem Entwicklungsmuster nachzueifern.

Dieser Umstand bedeutet eine Herausforderung für die ganze Welt. In Kopenhagen sind wir in diesem wichtigen Schritt überwiegend gescheitert. Aber weil es unser Auftrag ist, diese unsere Welt um ihrer selbst und um des Menschen willen zu erhalten, ist Enttäuschung keine zulässige Schlussfolgerung. Stattdessen müssen wir weiter an Elementen und Strukturen einer globalen Ordnung für die wichtigen Fragen unserer Zeit arbeiten. Sie stellen sich nebenbei nicht nur in der Klimakrise, sondern genauso in der Finanzkrise. Wenn wir auf diese globalen Krisen keine dauerhaften Antworten finden, dann werden sich die Krisen häufen und immer wieder und immer stärker gegen den Menschen, am allermeisten gegen die Schwächsten, zurückschlagen. Letztendlich würden wir so unseren Lebensraum und unsere sozialen Systeme von innen heraus zur Erosion bringen.

Deutschland hat in diesem Prozess ein bemerkenswertes Kapital einzubringen. Wir genießen eine hohe politische Glaubwürdigkeit, und wir stehen zudem in dem Ruf, dass unsere ökonomischen und technologischen Fähigkeiten exzellent sind. Beides zusammen ermöglicht uns eine Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeit, die viel größer ist, als das für ein mittleres Land in der UNO-Weltgemeinschaft zu erwarten wäre. Deutschland ist in einer besonderen Position, doch die Aufgabe ist sicherlich nicht als einzelner Nationalstaat zu erledigen. Die adäquate Handlungsebene ist heute Europa. Es gilt, Europa nicht mehr nur aus der historischen Leistung zu legitimieren. Die zukünftige Legitimation Europas liegt vielmehr darin, unsere historische Tradition, unsere Kultur und unsere Werte in die Gestaltung einer zu schaffenden internationalen Ordnung einzubringen. Das ist die vornehmliche Aufgabe des christlichen abendländischen Europas. Wir dürfen es nicht dabei belassen, die Friedens- und Wohlstandsleistung der Vergangenheit als einen historischen Vorgang zu feiern, sondern wir sollten uns als Europäer aktiv und selbstbewusst für die Gestaltung einer nachhaltigen Ordnung in einer globalisierten Welt einsetzen.

Ich empfinde es als ein großes Glück, dass die Umweltpolitik – die Bewahrung unserer natürlichen Ressourcen, die Klimapolitik und der Gedanke der Nachhaltigkeit – ein Feld der Politik ist, das eine so klare Verbindung zwischen der christlichen Botschaft und den politischen Möglichkeiten und Aufgaben zulässt. Manchmal, auch in meiner Partei, wird ja sehr abstrakt diskutiert und gelegentlich etwas verzagt danach gefragt, ob es heute noch christliche Politik geben könne. Dabei ist die Bewahrung der Schöpfung, das Ernstnehmen des Auftrages Gottes an den Menschen, schonend und rücksichtsvoll mit dieser Schöpfung umzugehen, eine hervorragende Möglichkeit, unseren christlichen Glauben in konkreter Politik wirksam werden zu lassen. Die Verwurzelung dieses Gedankens ist in der Genesis vorhanden und so zentral, dass sie auch in unserem Glaubensbekenntnis enthalten ist. Ich möchte deshalb schließen mit einem Satz aus dem Glaubensbekenntnis: „Ich glaube an Gott, den Allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde.“ Er ist Ursprung allen Lebens, wir sind aufgerufen, für seine Schöpfung einzutreten und Verantwortung für die Menschen künftiger Generationen zu übernehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen ...“

Grundgesetz, Artikel 20 a

BESTELLUNG VON PUBLIKATIONEN:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Postfach 30 03 61

53183 Bonn

Tel.: 0228 99 305-33 55

Fax: 0228 99 305-33 56

E-Mail: bmu@broschuerenversand.de

Internet: www.bmu.de

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Gedruckt auf Recyclingpapier.